

FrKV Michael Hundertmark, CDU-Fraktion

Wir diskutieren und beschließen am Ende dieses TOP die Haushaltspläne der Stadt Wetzlar für die Jahre 2018 und 2019. Die Änderungsliste außer Acht gelassen, schließen wir im Ergebnishaushalt in 2018 mit einem marginalen Überschuss von 660.000€ ab. Im Jahr 2019 mit 830.000€. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine schwarze Null, wenn man das Gesamthaushaltsvolumen betrachtet. Wir reden hier nämlich von einem Volumen von 145,5 Mio € in 2018 und 146,8 Mio € in 2019! Prozentual betrachtet sprechen wir also von einem „Überschuss“ in Höhe von ca. 0,5%. Mit diesem geringen Überschuss können wir zwar verschiedene Forderungen der Aufsichtsbehörde gerecht werden, wir können aber unsere Investitionen hiermit nicht mal ansatzweise finanzieren. Damit steigt die Nettoneuverschuldung unserer Stadt trotz Überschuss im Ergebnishaushalt weiter an. Im vergangenen Jahr (2017) allein um 7 Mio.€!!! Wir haben damit aktuell über 144 Mio € Schulden. Und, meine Damen und Herren, so viel sei mir an dieser Stelle gestattet, wir haben keine Weltwirtschafts- und Bankenkrise wie im Jahr 2008 erlitten, mit der man den Anstieg der Verschuldung um sage und schreibe 40 Mio.€ allein in den letzten 7 Jahren begründen könnte! Und schaut man in Ihren Haushaltsplan, geht es munter so weiter: In 2018 4 Mio € und in 2019 sogar 12 Mio €. Im Finanzplan für die kommenden Jahre bis 2022 ausgewiesen, geht es ohne Veränderung weiter so. Anders als vor 10 Jahren, als die Wirtschaft einbrach, sprudeln heute die Steuerquellen Land auf Land ab. Ich höre zwar von unserem hauptamtlichen Magistrat immer wieder, Wetzlar profitiere davon nicht, aber glauben kann ich das nicht. Wenn man in den Haushaltsplan schaut, dann gibt es eigentlich auch keinen Grund zu jammern: Betrachtet man den Wetzlarer Anteil an der Einkommenssteuer, so steigt dieser von 2017 nach 2018 um 1,7 Mio € und im Jahr 2019 nochmal um 1,35 Mio. € (=über 3 Mio.€). Das entspricht einem Anstieg von über 13%!!! Und betrachtet man den Wetzlarer Anteil an der Umsatzsteuer, sieht es zu meiner Freude genauso gut aus! Unser Anteil steigt hier von 4,5 Mio € in 2017 auf 6,40 Mio.€ in 2018. Von 2018 nach 2019 nochmal leicht auf dann insgesamt 6,56 Mio.€. Das ist ein Plus von über 2 Mio € bei einem Gesamtvolumen von 6,5 Mio.€!!! In Prozenten: + 45%. Sie sind damit nicht zufrieden und bejammern diese Entwicklung andauernd. Natürlich kann man alles schlecht sehen, aber man muss doch auch sehen, dass Sie hier über 5 Mio.€ zusätzlich in den Stadtsäckel bekommen, und wenn wir ehrlich miteinander sind, dann ist das das Geld, was dafür sorgt, dass wir eine schwarze Null unterm Strich stehen haben! Denn Einsparungen Ihrerseits, also so richtige große Einsparungen, die finden sich in dem Haushaltsplan nicht. Gefunden haben wir jedenfalls keine und auf Nachfrage konnten uns auch keine genannt werden. Sicherlich, Sie spielen und tricksen - das müssen Sie auch- mit Stellenbesetzungssperren und so weiter, aber die großen Einsparungen sind nicht zu finden. Wenn man nicht einsparen kann oder will, dann muss man doch auch aus eigenem Antrieb neue Einnahmesituationen schaffen.

Wir als CDU sind uns einig - und ich hoffe das gilt für alle hier im Haus -, dass wir die Grundsteuer B nicht nochmal anheben wollen, weil aus unserer Sicht die Zumutbarkeitsgrenze bereits erreicht, nein sogar überschritten wurde. Wir liegen hier derzeit bei 590% und kommen von 300% in 2011.

Aber unseren Vorschlag, eine Zweitwohnungssteuer einzuführen, lehnen Sie ab. Und man möge sich das auf der Zunge zergehen lassen, wir machen einen konstruktiven, in der Bevölkerung vielleicht nicht populären Vorschlag, und bieten Ihnen an, diesen gegen etwaige Kritik mitzutragen und Sie wollen nicht. Stattdessen sagt unser Kämmerer in seiner Haushaltseinbringung hierzu: Der Magistrat wolle „mit sanfter Überzeugung“ zur Ummeldung bewegen. Da frage ich mich bloß, wie Sie überzeugen wollen... bisher keine Antwort. Und die Frage, ob eine Zweitwohnungssteuer nicht ein durchaus überzeugendes Argument sein kann, wird nicht in Betracht gezogen.

Vor dem Hintergrund, dass Sie unsere Vorschläge nicht annehmen und Sie selbst keine Ideen entwickeln können, muss ich an dieser Stelle unserer schwarz-grünen Landesregierung ein herzliches Dankeschön zurufen! Dieser Dank dem Land gegenüber gilt in vielschichtiger Form. Durch die Hessenkasse werden unsere Kassenkredite von jetzt auf gleich auf Null gesetzt! Die Kassenkredite haben sich Ende 2016 auf über 57 Mio € belaufen! In Ihrem Haushaltsplan lassen Sie sich eine Obergrenze von 65 Mio.€ bewilligen!!! Ich weiß um die Finanzierungsmodalitäten und wie vermeintlich schwierig das ganze Unterfangen „Hessenkasse“ sein soll. Für mich steht fest: Wir haben hier Schulden in Höhe von 57 Mio €, die sind von einem auf den anderen Tag verschwunden und werden zu einer kalkulierbaren Tilgungsrate abgetragen. Darüber hinaus ist unsere Landesregierung so großzügig und erlässt uns mindestens 20% dieser Schulden. (20% von 57 Mio.€ = 11,4 Mio.€). Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn mir jemand anbietet, dass er die Schulden meines Girokontos begleicht, mir 20% davon erlässt und als Bedingung stellt, dass ich die restlichen 80% mit einer vorher transparent gemachten, festen und kalkulierbaren Rate zurückzahlen kann, dann würde ich jubeln, einschlagen und den entsprechenden Vertrag unterzeichnen! Jedenfalls würde ich nicht jammern!

Wir hatten und haben an verschiedenen Stellen Investitionsstau, der ist auch seit 2011 nicht weniger geworden! Auf die einzelnen Maßnahmen gehe ich gleich nochmal ein, will aber an der Stelle wiederum deutlich machen, warum wir als Stadt verschiedene kleinere und größere Investitionen so freimütig durchführen können: KIP (=Kommunales Investitionsprogramm). Auch wenn es der Hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer ist, dem unser Dank gilt, und damit der Hessischen Landesregierung, hätte ich wenigstens erwartet, dass sich unsere Grünen vor Ort mal wohlwollend über die Finanzspritze aus Wiesbaden äußern....

Will ich an dieser Stelle die Kita-Gebühren nennen, die demnächst für die Eltern der 3 - 6jährigen für die 6-Stunden-Betreuung entfallen. Sollten Sie sich fragen, warum ich die Kita-Gebühren an der Stelle von aufgezwungenen oder ermöglichten Einsparungen durch das Land Hessen aufgreife, möchte ich Ihnen gerne einen Denkanstoß bieten: (In einfachen Worten) die Stadt Wetzlar ist Sozialhilfe- bzw. Jugendhilfeträger und finanziert finanzschwachen Familien den Elternteil der Kita-Gebühren für ihre Kinder. Diesen Betrag verbucht die Stadt natürlich auch als Ertragsposition an anderer Stelle im Haushalt. Wenn nun der Elternteil der Kita-Gebühren durch das Land Hessen übernommen wird, braucht die Stadt diesen im Sinne der Sozialhilfeträgerschaft nicht mehr übernehmen. Die Stadt kann aber weiterhin die Einnahmen verbuchen! Wir reden hier über eine Ersparnis von über 650.000€ pro Jahr!!! Ich könnte noch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ oder auch „Swim“ nennen, die uns durchaus und insbesondere finanziell helfen.

Sie bekommen an allen Ecken und Enden Hilfen von Wiesbaden. Warum müssen wir als CDU Fraktion diejenigen sein, die uns bei Wiesbaden bedanken? Warum sagen Sie nicht einfach mal: Danke, Volker Bouffier, und Danke, Hessische Landesregierung, für die gute Unterstützung?

Die einzige Kritik, die ich verstehen könnte, ist, dass Hessenkasse, Kita-Gebühren etc. angekündigt, aber noch nicht Gesetzeslage sind. Aber das ist lediglich eine Frage von kurzer Zeit und stört mich nicht. Damit einher geht allerdings noch die eine oder andere Unklarheit bezüglich der Buchungssystematik im Haushaltsplan. Das ist aber nicht schlimm, das kann man mit dem Nachtragshaushalt oder spätestens mit dem Haushaltsplan des nächsten Jahres wieder glatt ziehen.

Ooops. Da taucht dann doch noch ein Problem auf! Sie machen ja einen Doppelhaushalt. Ich bzw. wir als CDU halten den Doppelhaushalt in unserer momentanen Situation für falsch! Sie verweisen bei jedweder Kritik darauf, dass das Land das auch so macht. Stimmt. Ist auch gut so. Aber in unserer Situation, in der es noch so viele Unbekannte gibt - Kita-Gebühren, Hessenkasse - habe ich als die zwei größten Beispiele genannt, macht es keinen Sinn, über zwei Haushaltsjahre hinweg zu planen. Wiesbaden kann dagegen deutlich leichter planen! Apropos Planbarkeit, Sie merken an, dass es durch einen Doppelhaushalt leichter sei, bei der Vergabe von Aufträgen etc. vor allem über den Jahreswechsel hinweg. Vorteile davon sehe ich im Haushaltsplan nicht hinterlegt! Außerdem frage ich mich, ob die Stadt Wetzlar in den letzten 40 Jahren mit Einjahreshaushalten irgendwann mal handlungsunfähig gewesen ist oder große Nachteile gehabt hätte? Der echte und einzige Vorteil, den Sie als Magistrat mithilfe des Doppelhaushaltes realisieren, ist keiner zugunsten unserer Stadt. Das Vorgehen, besonders der Sozialdemokraten, wird hier wieder deutlich: An erster Stelle steht die Partei, danach kommt irgendwas anderes und irgendwann später kommt der Staat, in unserem Fall die Stadt Wetzlar. Sie entdemokratisieren mit einem Doppelhaushalt unsere Stadt, weil sie der politisch kontroversen und anstrengenden Diskussion und der Prüfung Ihrer Arbeit durch uns als Opposition entgehen wollen! Das, meine Damen und Herren, ist der einzige Grund, der Sie dazu bewegt einen Doppelhaushalt aufzustellen.

Ich hatte es mit Verweis auf das KIP schon angedeutet. Es gibt viele zu tätige Investitionen in unserer Stadt. Da sind wir uns auch - denke ich - ziemlich einig. Wir müssen in die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger investieren und deshalb sind aufgeplante Mittel für die Feuerwache I unumgänglich: 1,6 Mio.€ plus 6,6 Mio.€ VE.

Wir sind auch gut beraten, die Teilnahme am Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ für Dalheim und die Altenberger Straße zu nutzen. Dazu gehören eigene Anteile, die wir als CDU, und ich glaube auch hier für alle sprechen zu können, alle gerne auf uns nehmen, um diesen Stadtbezirk aufzuwerten und den dortigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mehr bieten zu können. Die Kita bzw. das Familienzentrum ist hierbei nur ein Baustein, der aber mit immerhin 600.000 € kassenwirksam und 5 Mio.€ VE zu Buche schlägt.

Hinzu kommt ein sich im Laufe des heutigen oder morgigen Abends entwickelndes Projekt, dieses braucht auch eine hohe finanzielle Zuwendung unsererseits: das Domhöfe-Projekt samt Kita und Parkhaus. Wir als CDU stehen voll und ganz hinter

diesem Projekt. Kollege Christoph Schäfer, aber auch alle anderen Mitglieder der CDU Fraktion, haben das und machen das immer wieder deutlich. Wir erkennen hier einen wichtigen, richtungsweisenden Schritt für die Entwicklung unserer Altstadt und damit für die Entwicklung der gesamten Stadt. Wir haben mit dem beteiligten Investor einen Partner gefunden, der offen und fair spielt. Hier werden in kleiner Runde alle Zahlen und Fakten auf den Tisch gelegt. Und das will ich bei aller geübten Kritik ausdrücklich sagen: Auch wir als Opposition werden hier mit einbezogen. Wir fühlen uns mitgenommen und beteiligt. Die Zusammenarbeit beim Domhöfe-Projekt empfinden wir/ empfinde ich als vorbildhaft. Hier zu tätige Investitionen werden wir sicherlich mittragen!

Die kulturellen und sportlichen Angebote in unserer Stadt sind unsere Aushängeschilder. Wir alle müssen dafür sorgen, dass diese Angebote erhalten bleiben, auch in Zukunft für unsere Stadt werben und die Lebensqualität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern steigern. Deshalb werden Investitionen in das Gebäude der Musikschule notwendig werden. Nicht nur zur Sanierung, sondern auch zur Modernisierung und zur Herstellung der behindertengerechten Zugänglichkeit (Aufzug!). 710.000€ kassenwirksam + 154.000€ VE, ohne Aufzug.

Es müssen Investitionen in unser Domblick-Bad getätigt werden. Und hier kann und darf es nicht bei hohen Verpflichtungsermächtigungen bleiben, sondern es müssen neben den 500.000 € in diesem Jahr auch in Zukunft Gelder kassenwirksam fließen. (4 Mio.€ VE).

Es sind Investitionen in Wohnbau- und auch Gewerbegebiete notwendig, die genauso zur Weiterentwicklung unserer Stadt benötigt werden, wie eine funktionierende Infrastruktur (Kanalnetz, Endausbau Straßen etc.). Wir müssen aber hierbei darauf achten, dass wir unseren Mitmenschen nicht zuviel zumuten. Wir müssen sie an den entscheidenden Stellen stärker miteinbeziehen, um eine größtmögliche Akzeptanz und auch Transparenz zu erreichen. Dies gilt für die Auflegung neuer Gewerbegebiete genau wie für die Sanierungen von Straßen und viele weitere Dinge.

Um Akzeptanz zu erreichen, ist es auch wichtig, eigene Initiative zu demonstrieren. Wenn wir unsere Mitmenschen auffordern, sich um ihr Eigentum, ihr Umfeld und ihre Umwelt zu kümmern, dann müssen wir als Stadt mit gutem, ja mit leuchtendem Beispiel vorangehen. Beispielweise kann durch die Umstellung auf LED-Technik viel Energie eingespart werden. Darüber hinaus lassen sich die Kosten für Wartung und Reparaturen so deutlich reduzieren. Am Stadionflutlicht lässt sich das sehr eindrucksvoll deutlich machen. Wir investieren hier in LED-Technik, gefördert durch Land bzw. Bund, und sparen bereits ab dem Folgejahr ca. 50% der Kosten für Wartung und Reparaturen ein! Von den Ersparnissen im Bereich der Stromkosten ganz zu schweigen! Warum, meine Damen und Herren, schaffen wir das nicht auch bei der Straßenbeleuchtung??? Wir als CDU, Kollege Bernhard Noack an vorderster Front, fordern das seit X Jahren.

Keine Akzeptanz, sondern Hohn und Spott erntet man, wenn man die Standgebühren auf den Wetzlarer Märkten erhöht, um jährlich ein Plus von 2.000 € in die Stadtkasse zu spülen, aber auf der anderen Seite die Ausgaben für Marketing um 4.900 € erhöhen muss, damit die Marktbesucher auch bei den erhöhten Standgebühren weiterhin Stände auf unseren Märkten anbieten. Das ist ein

Schildbürgerstreich! Das ist lächerlich und trägt nachhaltig nicht zu Akzeptanz und Glaubwürdigkeit bei.

Werte Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich ein paar Anmerkungen zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Stadtverwaltung machen. Ich hoffe, lieber Magistrat, Ihnen ist bewusst, was Sie für eine tolle und engagierte Mitarbeiterschar haben?! Wenn man sich dieses Haushaltswerk betrachtet, kann ich nur den Hut vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei ziehen. Ein übersichtliches (sofern das bei einem Haushaltsplan möglich ist) Werk wurde vorgelegt, die Diskussionen bspw. bei mir im FuW-Ausschuss konnten bis ins Essgefach geführt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe leisten Großartiges, betrachtet man die Änderungen durch das Unterhaltsvorschussgesetz und die damit einhergehenden zusätzlichen Aufgaben. An dieser Stelle leistet jede/r Mitarbeiterin/Mitarbeiter überdurchschnittliche Arbeit, indem 400 Fälle pro Jahr pro Sachbearbeiter/in bearbeitet werden. Es ließen sich viele weitere Beispiele finden. Mir ist es aber wichtig, dass Sie als Magistrat sich dessen bewusst sind und etwas dafür tun, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin so tatkräftig zu Werke schreiten. Betrachtet man sich die durchschnittlichen Krankheitstage, dann fürchte ich nämlich, dass Sie das Engagement Ihrer Belegschaft als selbstverständlich ansehen und überstrapazieren. Mit über 24 Tagen pro Mitarbeiter/in pro Jahr schrillen die Alarmglocken bei mir. Sie sollten sich an dieser Stelle um die Mitarbeiter/innen unserer Verwaltung kümmern! Wir als CDU danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unsere Stadtverwaltung für ihr Engagement und heute, an dieser Stelle, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei ganz besonders!

Vielen Dank!

Haushaltsrede 2018/2019

Stv. Brückmann, SPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
werter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
werte Stadtverordnete,

heute steht der - zumindest meines Wissens - erste Doppelhaushalt der Stadt Wetzlar zum Beschluss. Damit ist unser Magistrat in guter Gesellschaft. Denn neben dem Lahn-Dill Kreis erstellte auch das Land Hessen einen Haushaltsplan für die kommenden beiden Jahre. Dies möchte ich zum Anlass nehmen, kurz die Vorteile eines solchen Entwurfs zu skizzieren (auch wenn die Opposition diesen naturgemäß nicht sieht):

Anders als ein einfacher Haushalt gewährt ein Doppelhaushalt eine Planung über ein Geschäftsjahr hinweg. Dies sorgt nicht nur für eine Entlastung der Verwaltung, sondern auch für eine Planungssicherheit, nicht nur über städtische Investitionen, sondern auch über Zuweisungen an Vereine und Verbände. Somit wird nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine höhere Verlässlichkeit zuteil, indem eine vorläufige Haushaltsführung vermieden wird. Dass gerade das Ausbleiben von neuen Investitionen zu einer enormen Verunsicherung in der Öffentlichkeit führt, können wir aktuell LIVE auf Bundesebene miterleben. Ein Grund, weshalb man gerade auf Landesebene diesen Beschluss zum Doppelhaushalt fasste, möchte man doch nicht nach der kommenden Landtagswahl in Stillstand verfallen.

Mit Blick auf die Zahlen des uns vorliegenden Haushalts und die Ergebnisse der vergangenen beiden Jahre, können auch wir den Zweijahres-Ausblick wagen. So konnten wir bereits die vergangenen beiden Jahre positiv abschließen und dies, nachdem seit 2009 kein vom Kämmerer vorgelegter Haushalt mehr ausgeglichen abgeschlossen werden konnte. So bestätigt dieser Doppelhaushalt eine konsequente und solide Haushaltsführung. Dieses bestätigte auch schon das Regierungspräsidium Mittelhessen, welches unsere Spar- und Einnahmestrebungen lobte. Dazu muss man sagen, dass uns viele dieser Entscheidungen nicht leichtgefallen sind. Die Anhebungen der Grundsteuer, sowie die haushaltswirtschaftliche Sperre von 10% waren für uns keine Vergnügungsfahrt. Dennoch waren sie notwendig zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes und auch vom RP so vorgeschrieben. So ist es die Leistung des Magistrats, aber vor allem der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wetzlar zu verdanken, dass sich der städtische Haushalt gerade in den letzten beiden Jahren in eine positive Richtung entwickelt hat.

Die gute Entwicklung zeigt sich aber nicht nur bei den städtischen Finanzen. **Wetzlar boomt!** Dies sieht man vor allem an der Bevölkerungsentwicklung. Fast leben so viele Menschen in unserer Stadt wie zu Zeiten, als Wetzlar noch ein Garnisonsstandort war - Tendenz steigend. Zukünftige Projekte, wie der Lahnhof oder der Ausbau des „Bezahlbaren Wohnraums“, beweisen uns, dass sich Wetzlar in den vergangenen Jahren zu einem noch attraktiveren Standort zum Wohnen entwickelt hat. Auch neue Bauflächen in den Stadtteilen zeigen das wachsende Interesse am Wohnen in Wetzlar. Ganz besonders freut mich hier, dass das Neubaugebiet Schattenlänge in Münchholzhausen endlich vorangetrieben wird. Neue Bauflächen für junge Familien werden schon seit langem in unserem Stadtteil gesucht und mit dem sich ansiedelnden Nahversorger kehrt auch ein großes Stück Infrastruktur und Selbstständigkeit in den Ort zurück.

Aber auch gesellschaftlich entwickelt Wetzlar eine immer weitere Strahlkraft: Mit der Ansiedlung von IKEA kommen vermehrt Besucher in unsere Stadt und das gänzlich ohne das vielfach vorherbeschworene Verkehrschaos. Im Zuge dessen entscheiden sich weitere bundesweit agierende Unternehmen dazu, Wetzlar als Standort einer ihrer Filialen zu wählen. So wird in naher Zukunft die Bahnhofstraße ein neues und lebendigeres Gesicht bekommen. Gemeinsame Projekte mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, wie ISEK und KIWA, geben bereits einen Vorgeschmack auf die uns zu erwartende Umgestaltung. Dabei trug auch der von uns veranlasste Umzug der VHS und der Stadtbibliothek in das Bahnhofsquartier einen großen Anteil zur Neugestaltung bei. Zusammen mit dem Forum und der Rittal-Arena entwickelt sich ein attraktives Gebiet im Zentrum unserer Stadt, mit einer Außenwirkung weit über die Grenzen Mittelhessens hinaus.

Auch in der Altstadt tut sich aktuell einiges. Hier konnte die Koalition das nie enden scheinende Problem „Stadthaus am Dom“ abarbeiten. **Öffentlich** in einem Verfahren mit breiter Bürgerbeteiligung wurde eine Neukonzeption des Areals am Domplatz erarbeitet und auch noch in Zukunft begleitet. Ergebnis soll ein Multiplexkino in der oberen Altstadt und genügend Parkraum für alle Besucher sein. Durch weitere Nutzungen, wie beispielweise durch die THM, ähnlich wie in Gießen oder durch kulturelle Veranstaltungen, soll eine höhere Zahl an Besuchern in die Altstadt geführt werden. Ein Konzept, was nicht nur der Einzelhandel dankend annimmt, sondern auch viele Wetzlarer Bürgerinnen und Bürger, welche sich nach einer wohlfrequentierten Innenstadt sehnen, welche zum Ausgehen einlädt.

Da dieses Projekt breite Unterstützung erfährt, bestätigt dies unseren Kurs der Bürgerbeteiligung, wie wir sie durchgeführt haben. Gleiches gilt für das Freibad Domblick. Auch hier haben sich Wetzlarerinnen und Wetzlarer eingebracht und ein Konzept entwickelt. Dieses stand vor einigen Wochen in der WNZ und wie ich finde, kann sich das Ergebnis sehen lassen. Ich erinnere gerne daran, dass von Seiten der Opposition Unterschriften gegen die Schließung gesammelt wurden - von welcher nie die Rede war. Nein! Vielmehr hat man es anscheinend nicht ertragen, dass man sich dieser seit langem bekannten Problematik endlich annahm und dann noch obendrein, statt einer einfachen Renovierung, gleich ein neues Konzept entwickelte. Jetzt soll das Projekt Freibad angegangen werden. Und durch die fehlenden Wortbeiträge und Anträge hierzu zeigt sich, dass unser Weg sehr wohl der richtige war.

So gibt es noch viele Beispiele einer gelungenen Stadtentwicklung zu nennen, jedoch dürfen wir auch nicht die Augen vor den kommenden Herausforderungen verschließen:

Wie bereits gesagt, wird unsere Stadt immer beliebter für neue Bürgerinnen und Bürger. Um den Bedarf an neuen Wohnungen zu decken, müssen zum einen neue Bauflächen erschlossen sowie Baulücken geschlossen und zum anderen das Angebot an Mietimmobilien an den wachsenden Bedarf angepasst werden. Hierbei dürfen wir allerdings unsere Sicht nicht ausschließlich auf die dicken Geldbeutel wenden. Natürlich besitzen attraktive und auch oft kostspielige Wohneinheiten einen hohen Reiz, allerdings tragen diese zu einer Verteuerung des Wohnsektors bei. Selbstverständlich reden wir bei weitem nicht von den Zuständen wie sie im Rhein-Main-Gebiet vorkommen, noch von der angespannten Situation wie in Gießen. Allerdings möchten wir auch weiterhin, dass Wetzlar eine Stadt für jedermann und jederfrau bleibt. Wir möchten es nicht verantworten, dass jemand, welcher schon immer in der Stadt wohnte, sich nicht einmal mehr die Miete leisten kann und deshalb sein vertrautes Umfeld verlassen muss. Diesem Trend des sich

verteuernden Wohnungsmarktes werden wir mit Bauprojekten für bezahlbares Wohnen entgegenwirken.

Weiter ist es auch folgerichtig, dass Unternehmen, welche vermehrt den Weg nach Wetzlar finden, einen Bedarf an zusätzlicher Gewerbefläche besitzen. Diesem Bedarf immer wieder gerecht zu werden, gestaltet sich bekanntermaßen schon seit den letzten Jahren schwierig. Dabei sind es vor allem heimische Betriebe, welche aufgrund der seit langem bestehenden guten konjunkturellen Lage eine Expansion anstreben. Diesem Wunsch nicht gerecht werden zu können, kommt einem „Rauswurf“ der hiesigen Unternehmen aus dem Stadtgebiet gleich, mit allen personellen und wirtschaftlichen Folgen. Auch hier ist es uns ein wichtiges Anliegen, den Bedarf an Gewerbeflächen zu erweitern, um auch weiterhin eine kluge Unternehmensstruktur in Wetzlar zu entwickeln; selbstverständlich unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft. Diese Thematik wird uns auch später noch bei den Haushaltsanträgen beschäftigen.

Weitere Herausforderungen in den nächsten beiden Jahren werden das Projekt Hessenkasse und die beitragsfreie Kita-Betreuung sein. Beide Projekte, welche nicht nur ich kritisch betrachte:

Die Hessenkasse soll den Kommunen dabei behilflich sein, ihre Kassenkredite zu begleichen. Dabei übernimmt die landeseigene Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen die Kassenschulden der Kommunen komplett. Die Kommune übernimmt bis zur vollständigen Begleichung rund ein Drittel der Zins- und Tilgungsleistungen. Genauer: 25 €/Einwohner*Jahr, für Wetzlar also rund 1,3 Millionen Euro jährlich. Der Rest wird vom Land beglichen. Das hört sich soweit ganz gut an, jedoch greift das Land dabei unter anderem auf Bundesmittel zurück, welche ohnehin den Kommunen zugestanden hätten. Dadurch ergibt sich eine neue Strukturierung der kommunalen Finanzierung durch das Land, welche sich deutlich auf den Haushalt auswirken wird. Unterm Strich beteiligen sich die Kommunen zu 80% selbst an der Tilgung ihrer Kredite. Das Land übernimmt demnach nur 20%. Dass diese Schulden beglichen werden müssen, steht außer Frage und eine finanzielle Unterstützung, in welcher Höhe auch immer, ist sicherlich hilfreich. Jedoch darf man die Hessenkasse nicht mit einer barmherzigen Wohltat des Landes verwechseln, haben sich die Kassenkredite doch fast ausschließlich durch die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben ergeben, welche durch eine unzureichende Finanzierung durch die Landesregierung zustande gekommen ist. Dass gerade wir als Stadt Wetzlar in den vergangenen Jahren einen ausschweifenden Lebensstil gepflegt haben, kann ja wirklich niemand ernsthaft behaupten. Erneut werden die kommunale Selbstbestimmung und das Konnexitätsprinzip der schwarzen Null geopfert. Trotzdem wollen wir an diesem Projekt teilhaben, da eine Entschuldung unabdingbar ist und jede Hilfe angenommen werden sollte. Bereits in der Vergangenheit wurden solche Chancen, wie der kommunale Schutzschirm, fälschlicherweise nicht genutzt. Die Folgen tragen wir heute in der Stadtverordnetenversammlung immer noch. Einen entsprechenden Brief erhielten wir vom Landesrechnungshof.

Ebenso stellt uns die im Sommer beginnende Beitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung vor neue Herausforderungen. Reichen die vom Land in Aussicht gestellten Gelder nicht aus, um den Ausfall des von den Eltern getragenen Anteils an der Kinderbetreuung zu kompensieren, so halte ich die Umsetzung auch für nicht gelungen. Mit einer Begrenzung von sechs Stunden am Tag ist es zum einen keine echte Beitragsfreiheit, wie von uns Sozialdemokraten immer gefordert, und zum anderen fehlen Antworten darauf, wie die strukturellen Herausforderungen getragen werden sollen. Stellt sich doch neben der erwarteten höheren Anzahl von zu betreuenden Kindern die Frage, ob und wie diese eine Verpflegung bekommen

sollen, denn nach sechs Stunden werden diese auch einmal Hunger bekommen. Wir sind alle gespannt, wie das ausgehen wird. Im Übrigen bin ich immer noch der Meinung, dass das Kita-Personal in ein staatliches Angestelltenverhältnis gehört und sich die Kommune um die Liegenschaften kümmern sollte, so wie es bei den Schulen ist. **Damit** wäre uns weitergeholfen.

Als letztes sei noch die erhöhte Kreis- und Schulumlage genannt, welche unseren Haushalt in den kommenden Jahren zusätzlich belasten wird.

All diese Punkte sind im Doppelhaushalt 2018/2019 berücksichtigt. Trotz der genannten Herausforderungen liegt uns hier ein solider Plan für die nächsten beiden Jahre vor. Dies wird gerade bei den Haushaltsanträgen der Opposition bestätigt. So zeigen Sie nicht wirklich Sparpotenziale auf oder Alternativen, wie sich der Haushaltsplan deutlich verbessern ließe.

Kommt von der FDP hauptsächlich die Forderung nach dem Aufheben der haushaltswirtschaftlichen Sperre - explizit für kulturschaffende Vereine. Sportvereine scheinen ihnen nicht so am Herzen zu liegen - beantragen Sie außerdem noch eine - mit Verlaub - halbherzige Digitalisierungsoffensive für 10.000 Euro. Aus dem Inhalt ihres Antrages erschließt sich mir auch nicht, ob das wirklich etwas mit DER Digitalisierung zu tun hat, von welcher alle immer sprechen.

Bei der Union merkt man, dass wieder ein Jahr rum ist, denn erneut erscheinen wieder die Dauerbrenner unter den Anträgen, wie LED-Beleuchtung und WetzlarCard. Letzteren Antrag sehen wir wohl nur **nicht** in Wahljahren, blieb dieser doch 2016 aus. Natürlich darf das neue Thema „Gewerbegebiet Münchholzhausen Nord“ nicht fehlen. Hier wurden sogar aus dem einzelnen Antrag aus 2017 gleich drei einzelne Anträge verfasst.

Den größten Einschnitt in unseren Haushalt jedoch hat sich - wenig verwunderlich - die NPD vorgenommen, agiert sie doch außerhalb des verfassungstreuen Spektrums. Ich habe mir erst gar nicht die Mühe gemacht, jeden einzelnen Betrag ihrer Anträge zusammenzurechnen, sind es oftmals ohnehin Pflichtaufgaben, welche sie hier widerrechtlich abschaffen wollen. Auffällig war mir jedoch, dass alle Anträge nach bestimmten Schlagworten ausgewählt zu sein schienen. Tauchten wie erwartet Anträge zu Positionen mit dem Inhalt „Migration, Integration, Ausländer und Kultur“ auf, fanden sich auch Anträge mit den Schlagworten „Demokratie, Kirche, Bildung und Literatur“. Dass all diese Begriffe nicht gerade ihr Wesen widerspiegeln, ist uns weithin bewusst, sind in speziellen Kreisen doch Bücher oftmals nur zum Heizen gut.

Dass wir uns noch ausführlich über ALLE Anträge unterhalten werden, befürchte ich bereits.

Nichtsdestotrotz können auch ihre Änderungswünsche nicht von der Tatsache eines gelungenen Haushaltsplans ablenken.

Mit unserer Koalition ist Wetzlar auf dem richtigen Weg, um in Zukunft gesellschaftlich, kulturell und finanziell gut aufgestellt zu sein.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zum vorliegenden Doppelhaushalt 2018/2019.

Einen herzlichen Dank soll wie immer noch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei und der gesamten Stadtverwaltung gehen.

Bedanke mich recht herzlich für ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede 2018/2019

FrkV Lefèvre, FW

Am 16. November hat uns Stadtkämmerer, Jörg Kratkey, zum ersten Mal in diesem Hause einen **Doppelhaushalt** vorgelegt. Ein Doppelhaushalt, weil er Vorteile bietet und nicht, wie Michael Hundertmark in der WNZ vom 08.12.2017 glauben machen will, „um der jährlichen Prüfung durch die CDU-Fraktion aus dem Weg zu gehen“.

Das ist absurd!

Die Vorteile des Doppelhaushaltes liegen auf der Hand, lieber Michael: Ein Doppelhaushalt gewährt dem Magistrat **Planungssicherheit**. Gerade bei Ausschreibungen für Bauleistungen ist es von Vorteil, so früh wie möglich tätig zu werden und nicht erst die Genehmigung des Haushaltes durch den RP, die meist erst im Mai/Juni erfolgt, abwarten zu müssen.

Hier können wir auch auf gute Erfahrungen unseres Landkreises (Lahn-Dill-Kreis) zurückblicken.

Der **Ergebnishaushalt** weist in beiden Jahren nur einen **kleinen Überschuss** aus.

2018 - 663 000 €

2019 - 800 000€

Für das kleine Plus sind wieder alleine die vergleichsweise niedrigen **Gewerbesteuereinnahmen** verantwortlich. Im Vergleich zu den anderen Sonderstatusstädten und im Vergleich mit sprudelnden Einnahmen deutschlandweit nimmt sich der Ansatz von je **35 Mio.€** Gewerbesteuer für beide Jahre sehr bescheiden heraus. Hier dürfen wir wieder nur sehnsüchtig auf die Jahre vor der Finanzkrise blicken, als wir im Jahre 2008 noch 45 Mio. € verbuchen konnten. Ob wir wieder einmal dahin kommen, steht in den Sternen. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Gewerbetreibenden Arbeitsplätze und damit Einkommensteuer sichern und Grundsteuer bescheren.

Es zeigt uns aber auch ganz deutlich, dass die **Erschließung des neuen und einzigen Gewerbegebietes in Münchholzhausen**, das Wetzlar noch besitzt, unabdingbar ist und nicht fadenscheinigen Begründungen weichen darf. Man bedenke, der Beschluss für die Erschließung dieses Gewerbegebietes wurde bereits im Jahre 2004 von der Stadtverordnetenversammlung **einstimmig** gefasst. Hier kann sich keiner herausreden, nur um Stimmen zu fangen oder jemandem zu gefallen! **Wir brauchen dieses Gewerbegebiet!**

Da Wetzlar einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen kann, reduzieren sich die **Schlüsselzuweisungen** des Landes. Gleichzeitig aber steigen **Kreis- und Schulumlage** an.

Die **Sach- und Dienstleistungen** konnten auf das Niveau von 2017 festgeschrieben werden.

Die **Personalkosten** steigen durch Tarif- und Stufensteigerungen der Beschäftigten an. Gleichzeitig muss durch die Änderung des **Unterhaltungsvorschussgesetzes** durch

den Bund der Stellenplan angepasst werden. Diese Aufstockung ist notwendig, da in diesem Bereich **1200 Fälle zusätzlich** pro Jahr bearbeitet werden müssen.

Dafür sind die **Fallzahlen im Bereich der Jugendhilfe etwas geringer eingeplant**. Gerade hier zeigt sich, dass die unverzichtbaren **präventiven Leistungen** wichtig sind und Wetzlar auf einem guten Weg ist. Ich denke an die verschiedenen Leistungen, wie „Frühe Hilfen“, Sozialarbeit an Schulen, Soziale Stadt Westend, Niedergirmes und demnächst Altenberger Straße/Dalheim, das Projekt „Familienklasse“ (Dalheim, Lotteschule, Schollschule), die Einrichtung von Familienzentren und die Unterhaltung der Jugendtreffs in der Kernstadt und in den Stadtteilen.

Im Bereich der **Kindertagesstätten** ist die Haushaltssituation nach wie vor durch eine ungenügende Landesförderung geprägt. Hier ist das Land zwar tätig geworden, indem es die Freistellung der Eltern von den **Kindertagesstättengebühren** für Kinder ab 3 Jahren für 6 Stunden am Tag einräumt. Dies ist schon mal ein guter Ansatz. **Die Eltern freut es**. Aber, ich denke, die Sache ist nur **halbherzig!** Was ist mit den Eltern, die ihre Kinder ab 1 Jahr zur Kita schicken wollen? Was ist, wenn Eltern mehr als 6 Stunden in Anspruch nehmen wollen oder aus beruflichen Gründen nehmen müssen? Sicher, dann müssen sie zahlen. Dies bedeutet aber für die Kommunen einen Mehrbedarf an Räumlichkeiten und an Personal und damit höhere Kosten. **Das Land muss sich, wie bei den Schulen als Bildungsträger verstehen und z.B. Personalkosten übernehmen. KITA ist eine Bildungsstätte wie Schule und Universität und nicht Bewahranstalt.** Hier wird grundlegende Bildung gelegt, Grundlagen in der **Sprachkompetenz**, Weckung der **Neugierde** im naturwissenschaftlichen Bereich oder ganz einfach Grundlagen der **sozialen Kompetenz**. Die Unterstützung der laufenden Kosten der Einrichtungen durch das Land ist unabdingbar..

Finanzhaushalt

In unserer Stadt hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan.

- Wetzlar blüht -

Es gibt keinen Stillstand. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, kann viele bereits fertiggestellte und noch im Bau befindliche Projekte bestaunen. Auch in den beiden folgenden Jahren wird sich viel tun, es wird investiert, um unsere Stadt **zukunftsfähig und wettbewerbsfähig** zu gestalten.

Daneben gibt es beträchtliche notwendige Maßnahmen, die wir nicht abwenden können. Der dickste Brocken ist die unaufschiebbare **Sanierung des Kanalnetzes**. Bis 2024 sind hier rund 35 Mio. € eingeplant, für 2018/2019 alleine 3,5 Mio.€ **Den Kanalsanierungsmaßnahmen können wir uns nicht entziehen. Sie sind eine Pflichtaufgabe der Kommune, die bei Nichterfüllung strafrechtlich verfolgt wird.** Die Kanalsanierung steht schon lange an und betrifft ausnahmslos alle in unserem Parlament vertretenen Parteien, nicht nur die regierende Koalition. Deshalb müssen wir an einem Strang ziehen.

Weitere größere Investitionsmaßnahmen sind der Umbau der Feuerwache, Sanierung der Musikschule und des Domblickbades, der Neubau des Familienzentrums Dalheim, Erschließung der Baugebiete Schattenlänge Münchholzhausen und **Rothenberg in Garbenheim**. Als Garbenheimerin freue ich

mich hier besonders. Dieses schon lange geplante Baugebiet war ein besonderes Anliegen von Erich Lautz . Schade, dass er die Erschließung nicht mehr erlebt, er würde sich sehr freuen.

Weiter sind zu nennen der Endausbau Hundsrücken II und ein Hochwasserrückhaltebecken am Oberlauf des Blasbaches.

Das kleine Plus im Ergebnishaushalt bedeutet nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen können. Nein, es muss weiterhin **eisern gespart** werden. Mit den Konsolidierungsmaßnahmen sind wir auf dem richtigen Weg. Sie entsprechen dem Koalitionsantrag zur Konsolidierung des Haushaltes, der geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung aufzeigt, die auch in den nächsten Jahren weiter umgesetzt werden müssen.

Diese Umsetzung ist ein nachhaltiger Prozess, der uns alle fordert.

Packen wir es gemeinsam an! Wir tragen Alle Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und beim Magistrat für die geleistete Arbeit.

Wir stimmen dem Doppelhaushalt zu.

Haushaltsrede 2018/2019

Stv. Sämam, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,

ich möchte mit einem kleinen Rückblick beginnen. Was standen wir hier in den letzten Jahren und haben diskutiert über Dinge, die keinem Politiker wirklich Spaß machen: Sparmaßnahmen, Anpassung von Steuern und Gebühren, Kürzung der eigenen Fraktionsgelder. Uns in dieser Koalition war klar, die Kritik wird von allen Seiten kommen, niemand bekommt gerne weniger Geld oder gibt gerne freiwillig mehr ab. Natürlich haben wir eine Opposition in diesem Haus, die genüsslich an jeder von uns veränderten Stellschraube Kritik anbringt, was ihr gutes Recht ist. Doch, wenn wir uns jetzt dieses Zahlenwerk anschauen, muss man feststellen, die Mühen haben sich gelohnt. Seit wir diesen, nicht gerade einfachen Weg beschritten haben, schließen die Haushalte wieder mit einem Überschuss ab. Der Bestand der Kassenkredite geht zurück. Als sich nach der Kommunalwahl abzeichnete, dass ich für meine Fraktion einen Platz im Finanzausschuss einnehmen werde, war die häufigste Reaktion: Oh je, oh je, in den Kommunen hat man doch sowieso kein Geld und keine Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Damals war ich mir noch nicht ganz sicher, was ich erwidern sollte. Heute würde ich dem klar entgegentreten, wir haben Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Stadt und wir nutzen sie sehr aktiv.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt stellen wir nämlich unter Beweis, dass wir Wetzlar attraktiver und lebenswerter machen, ohne uns weiter stark verschulden zu müssen. Dass Wetzlar auch immer attraktiver wird, lässt sich daran feststellen, dass immer mehr Menschen sich entscheiden, in unserer Stadt ihren Wohnsitz festzulegen. Das liegt natürlich einerseits an der großen Migrations- und Fluchtbewegung, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, und hier gilt es auch immer wieder Danke zu sagen an die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich an vielen Stellen immer noch engagieren. Es liegt aber auch daran, dass Menschen in diese Stadt ziehen aus dem Umland, weil sie hier einen attraktiven Ort für ihren Lebensmittelpunkt sehen. Menschen, die hier herziehen, brauchen Wohnungen und wer mit offenen Augen durch diese Stadt geht, stellt fest, dass an fast jeder Ecke gebaut wird. Wir sind zwar keine Stadt wie Frankfurt, aber auch bei uns müssen wir darauf achten, dass hier Wohnraum entsteht, der bezahlbar ist. Und auch dafür setzt sich die Koalition ein. Doch wir haben nicht nur die neu hergezogenen Menschen im Blick, auch die, die schon seit vielen Jahren hier leben. Von Anfang an in dieser Koalition haben wir wichtige sozialpolitische Aspekte gesetzt, unter anderem auch mit der WetzlarCard. Und Sie, meine Damen und Herren von der Opposition bringen seit Jahren keine neuen Argumente gegen diese voran, das ist langsam ein wenig ermüdend. Doch arbeiten Sie sich ruhig vergeblich an beschlossenen Dingen ab. Wir konzentrieren uns darauf, mit dem Projekt „Soziale Stadt“ für Dalheim und die Altenberger Straße neue soziale, wirtschaftliche und stadtentwicklerische Akzente zu setzen, bei der wir auch, wie Sie es von uns gewohnt sind, auf breite Bürgerbeteiligung setzen. Ja, meine Damen und Herren, die Bürgerbeteiligung ist uns weiterhin wichtig und wir halten an ihr fest. Sie von CDU und FDP hingegen können sich oft einfach nicht entscheiden: Mal wollen Sie gar keine Beteiligung, manchmal ist es egal und hin und wieder, wenn Sie denken, politisches Kapital daraus schlagen zu können, setzen Sie sich an die Spitze

einzelner Bewegungen und fordern Beteiligung, obwohl Sie von uns längst geplant ist. Das können Sie gerne so machen, verlieren Sie doch dabei vielleicht ihre eigene Glaubwürdigkeit. Wir lassen uns von Ihnen nicht aus dem Konzept bringen. Unsere Strategie bewahrheitet sich dabei als die richtige. Sehen Sie sich an, was zum Beispiel das breite Beteiligungsverfahren für das Freibad für tolle Ergebnisse gebracht hat. Mit dieser wegweisenden Idee der Bürgerinnen und Bürger gehen wir gerne in weitere Planungen und geben mit diesem Haushalt Mittel dafür frei. Auch die städtebauliche Entwicklung in der oberen Altstadt haben wir mit einem transparenten Verfahren begleitet, sogar gelobt von Michael Hundertmark. Das entstandene Konzept der Domhöfe spricht für sich.

Doch kommen wir von den vielen erfreulichen baulichen und städteplanerischen Entwicklungen der Stadt wieder ein bisschen mehr zu den Zahlen. Ich möchte einen Blick auf die Gebühren dieser Stadt werfen und auf eine äußerst positive Entwicklung in den Eigenbetrieben. Ein Thema, das es der Opposition gegebenermaßen leicht macht. Weicht ein Ergebnis in die eine oder andere Richtung ab, ist das Geschrei gleich groß. Das gehört in den Standardwerkzeugkasten ihrer Oppositionsarbeit und wird auch hier langsam wieder ermüdend. Denn mit Ihrer jeweils kurzfristigen Kritik machen Sie es sich zu leicht und übersehen, dass die Eigenbetriebe von uns über die Jahre konsolidiert wurden und inzwischen deutlich besser dastehen, als noch vor vielen Jahren. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Stadt auch noch in mehreren Jahren lebenswert ist. Dafür gehört für uns auch ein aktiver Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Die Schadstoffwerte in Wetzlar's Luft liegen glücklicherweise nicht in den Bereichen von Städten wie Limburg oder Stuttgart. Nichtsdestotrotz legen wir einen großen Wert auf saubere Nahmobilität. Wetzlar wird immer fahrradfreundlicher, für die Menschen vor Ort und die vielen Touristen eine gute Nachricht! Wir gehen mit der enwag das Them „E-Mobilität“ an und haben für die enwag einen Strategieprozess angestoßen, der sich auch explizit mit der Erzeugung sauberer Energieformen beschäftigt. Wir stärken den ÖPNV mit der neuen Linie 15, die unsere Hauptlinie 12 entlastet und machen uns auch intensiv darüber Gedanken, wie der ÖPNV in Wetzlar sich in den kommenden Jahren verändern wird. Klimaschutz wird zwar auf internationaler und nationaler Ebene beschlossen, umgesetzt werden muss er aber vor Ort. Wenn Jeder sagt: Klimaschutz, ja bitte, aber bloß nicht vor meiner eigenen Haustür, wird der Umstieg auf saubere Energieerzeugung nie gelingen. Deswegen halten wir an dem Klimaschutzkonzept und an dem Klimaschutzmanagement fest, halten Windkraft weiterhin für richtig und setzen gleichzeitig auch auf Effizienzsteigerung und energiesparende Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, Herr Hundertmark hat es eben angesprochen, die vielen Geschenke, ich könnte diese Liste weiter fortsetzen. Ich kann sagen: Danke, Priska Hinz - Stadtumbau West. Ich kann sagen: Danke an die Bundesregierung, die uns das Klimaschutzmanagement so großzügig fördert. Aber Sie kennen Alle das Sprichwort: „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“. Vielleicht liegt es nur daran, dass ich Zahnmedizin studiere, aber man sollte jedem Gaul tief ins Maul schauen, was von Land und Bund kommt. Hier gilt es, wirklich genau hinzuschauen, schauen wir uns es doch mal an, was haben wir da im Repertoire? Übertragene Aufgaben, für die wir keine Gegenfinanzierung bekommen. Zugewiesene Gelder, die uns über mehrere Ecken dann doch zu großen Teilen wieder weggenommen werden. Die Liste an teilweise schlechten Beispielen und von wenig durchdachten Vorschlägen ist lang. Nehmen Sie zum Beispiel vor kurzem dieser geniale Vorschlag, den ÖPNV kostenlos zu machen. Eine Idee, die ich natürlich unterstützen würde. Ich

würde das Thema sogar politisieren, doch es wurde nicht die Frage beantwortet, wie das finanziert und umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, ich bitte einfach darauf zu achten, und da geht es uns Alle an, fernab von parteipolitischer Zugehörigkeit, wir sitzen hier ganz unten in der Nahrungskette. Der Bund, das Land, wir stehen hier ganz unten, was von dort oben kommt und nur gemeinsam können wir hier uns auch für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen einsetzen. Wir sitzen wirklich Alle im selben Boot. Und nichtsdestotrotz ist es richtig, dass die Stadt Wetzlar mithilfe des Programms der „Hessenkasse“ zum Beispiel seine Kassenkredite zurückbezahlt. Wir gewinnen ein Stück mehr finanzieller Selbständigkeit, wenn wir unsere Verschuldung reduzieren und Haushalte aufstellen, die wie dieser mit einem positiven Ergebnis abschließen. Denn wir brauchen die gewonnenen finanziellen Spielräume für wichtige Investitionen in die Zukunft. Doch klar muss auch sein: Für manche Dinge brauchen die Kommunen insgesamt mehr Geld. Manche Zukunftsfragen sind von der Bundes- oder Landesregierung noch komplett unbeantwortet. Die Digitalisierung unserer Stadtverwaltung lässt sich zum Beispiel nicht mit wenigen Tausend € voranbringen. Hier bedarf es substanzieller Unterstützung des Bundes und die künftige Große Koalition darf gerade hier nicht noch weitere 4 Jahre verschlafen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die viel Arbeit in die Erstellung dieses Haushalts gesteckt haben. Wetzlar gehört nicht zu den wohlhabendsten Städten, doch wir machen mit unseren beschränkten Mitteln sehr viel daraus. Das geht nur, wenn man die richtigen politischen Schwerpunkte setzt, weiß, wohin man diese Stadt entwickeln möchte und dass offen und ehrlich mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Dieser Doppelhaushalt ist ausgeglichen und zukunftsorientiert. Jeder, der sagt, man könne Kommunen mit wenig Geld nicht gestalten, dem sage ich: Schaut, was wir in Wetzlar machen!

Vielen Dank.

Haushaltsrede 2018/2019

FrkV Dr. Büger, FDP-Fraktion

Herr Vorsteher,
Meine Damen und Herren,

heute bekommen wir einen Doppelhaushalt vorgelegt. Nicht, dass das grundsätzlich verwerflich wäre: es hat Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist, dass die parlamentarische Kontrolle schwieriger wird. Zu den Vorteilen gehört, dass man bei Investitionen einfach nicht so lange auf Genehmigung warten müssen und ggf. bessere Konditionen erhalten. Deshalb sollte man dieses Mittel dann einsetzen, wenn man große Investitionen plant. Die liegen aber mit 18 bzw. 24 Mio. € unter dem langfristigen Mittel. So drängt sich doch der Verdacht auf, die Koalition möchte die für sie so unerfreuliche Haushaltsdiskussion einfach nur etwas seltener führen. Da kann ich Ihnen zumindest sagen: Ein guter Grund wäre das auf jeden Fall nicht!

Warum ist diese Diskussion so unerfreulich? Weil diese Koalition, die seit 2011 die Mehrheit im Parlament hat und damit die Haushaltspolitik bestimmt, auf beiden Seiten der Bilanz und damit auf ganzer Linie gescheitert ist.

Vergleichen möchte ich mit dem letzten Haushalt 2010, dem letzten vollständig unter Verantwortung der vorherigen Koalition aus CDU, FDP und FW. Jetzt, wo sie den 8. bzw. 9. Haushalt danach aufstellen, kann ja nun keiner mehr verleugnen, dass die Veränderungen wesentlich Ihrer neuen Politik zuzuschreiben sind. Also können wir mal vergleichen.

Ich fange einmal bei den Einnahmen an:

Eigentlich sieht es ja ganz gut aus. Gegenüber 2010 sind die Gewerbesteuern um 10 Mio. € gestiegen, die Zuweisungen des Landes liegen um 16 Mio. € über denen des Jahres 2010, was eine Steigerung von rund 150% darstellt. Natürlich steigen mit den Steuern auch die Abgaben an den Lahn-Dill-Kreis. Aber allein die gestiegenen Landeszuweisungen gleichen die gestiegenen Beiträge an den Kreis aus, was im Umkehrschluss bedeutet, dass wir das Steuerplus komplett behalten: Also die 10 Mio. € in der Gewerbesteuer und die 7 Mio. € in der Grundsteuer, die sich inzwischen mehr als verdoppelt hat - von der Einkommensteuer, 26 statt 16 Mio. € und der Umsatzsteuer, 6,5 statt 2,9 Mio. €, immer 2019 gegenüber 2010, gar nicht zu reden. Allein dies sind 30 Mio. € Steuerplus.

Und was bleibt unterm Strich? Aus 6 Mio. € Defizit (wir hatten noch mit den Folgen der Wirtschaftskrise zu kämpfen) sind nicht etwa 24 Mio. € Überschuss geworden, sondern noch nicht einmal eine Million. Die anderen 23 Mio. € haben sich sozusagen in Luft aufgelöst, wobei sie sich sicherlich nicht alleine durch gestiegene Kosten (Inflation) erklären lassen.

Am wehsten tut mir dabei, dass die Bürger am Ende die Gekniffenen sind. Denn diese minimale schwarze Null, für die sich der Kämmerer und die Koalition feiern lassen, ist am Ende auf dem Rücken der Bürger entstanden:

- Mehr als 100% mehr Grundsteuer gegenüber 2010
- Höhere Kindergartengebühren

- Höhere Wasserpreise
- Die höchsten Müllgebühren im Lahn-Dill-Kreis
- Straßenausbaubeiträge, die den Bürgern die Luft zum Atmen nehmen
- Deutlich höhere Parkplatzabläse

Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Mal sehen, wann wir eine Anhebung der Parkgebühren bekommen werden.

Deswegen kann ich nur festhalten: Diese Koalition ist wie ein Staubsauger, der den Bürgern das Geld aus der Tasche saugt.

Die ersten Parlamente sind entstanden, um den Regierungen den Griff in die Taschen der Bürger zu erschweren. Unter dieser Koalition kommt die Stadtverordnetenversammlung diesem Anspruch in keiner Weise mehr nach, und das ist hoch bedauerlich.

Aber wo geht das ganze Geld denn nun hin und auch wo geht es nicht hin? Kommen wir also zur Ausgabenseite.

Dass die Personalkosten steigen, liegt natürlich zum Teil an Tarifsteigerungen - die in den letzten Jahren aber im öffentlichen Dienst eher moderat ausgefallen sind. Dass wir 2019 ein Drittel, also 33%, mehr für Personal ausgeben als 2010, ist deutlich mehr als die Gehaltssteigerung.

Diese Verwaltung wird nämlich aufgebläht. Dass neue Aufgaben hinzukommen, andere intensiver werden (wie z.B. die Kinderbetreuung), verstehe ich. Dann muss man eben andere Bereiche einmal zurückfahren. Haben Sie eigentlich schon einmal etwas von Digitalisierung und E-Government gehört? Jede Bank, die in Vielem einer Verwaltung gleicht, hat durch Digitalisierung massiv eingespart. Wo sind denn Ihre Einsparungen hier in der Stadt? Fehlanzeige!

Sparen hat nämlich bei diesem Magistrat keinerlei Priorität! Besonders schön kann man das im Übrigen mal wieder im Umweltamt erkennen. Da schreibt uns sogar der Hessische Rechnungshof ins Stammbuch, dass Wetzlar „in Anbetracht der Haushaltslage und den überdurchschnittlichen Kosten im Bereich Natur- und Landschaftspflege“ diese im Hinblick auf Einsparpotenziale untersuchen solle - hört, hört! Unter allen Sonderstatusstädten ist Wetzlar hier Schlusslicht!

Schlusslicht sind wir auch bei Verkehrsflächen und bei ÖPNV. Dazu zählt auch die Straßenbeleuchtung, wo wir ja bis Ende 2017 aus ideologischen Gründen österreichischen Wasserstrom beziehen mussten. Jetzt hat der Magistrat zum Jahresende 2017 dieses Kapitel klammheimlich beerdigt. Das ist auch gut so! Schade nur, dass die Einsicht so lange gedauert hat. Fünf Jahre lang jedes Jahr über 10.000€ unnötige Mehrausgaben machen mindestens mal 50.000€ Verlust, die uns an anderer Stelle gerade bei den freiwilligen Leistungen, aber gerne auch Sport, unendlich wehgetan haben!

Wir stellen deshalb einmal wieder fest: Wo die Grünen etwas fordern, da wird es für Wetzlars Bürger jedenfalls immer teuer! Das dürfen wir feststellen.

Aber nicht alle Ausgabenposten gehen nach oben. Seit 2010 ist der Verbraucherpreisindex um rund 10% gestiegen; unsere Personalkosten um 30%, aber die Ausgaben für Kultur sollen 2019 um 7% unter dem Ansatz 2010 liegen. Das

bedeutet real einen Rückgang um 17%. Die Sportförderung liegt 2019 2% unter dem Wert 2010 - auch hier ein inflationsbereinigter Rückgang von 12%.

Das Ehrenamt, bei dem sich die freie Bürgergesellschaft entfaltet, wird von Ihnen langsam aber sicher ausgezehrt. Lassen Sie doch Ihre Kulturentwicklungspläne, mit denen Sie die Ehrenamtlichen noch dazu gängeln wollen. Anständig wäre, wenn sie die Beträge wenigstens auf demselben nominalen Niveau lassen würden. Am besten natürlich, wenn es möglich wäre, wenn Sie es an die Inflation angleichen würden.

Aber auch für die Zukunft sorgen Sie nicht vor: Die Investitionen, mit denen wir unsere Stadt weiterentwickeln, steigen nicht etwa, sondern gehen sogar zurück: 2010 waren es über 25 Mio. €, vor dem Hesttag 2011 dann 34 Mio. €; im Jahr 2018 planen Sie gerade einmal 18 Mio. €. Das liegt am unteren Ende der letzten 10 Jahre. Dabei haben wir so viele Baustellen:

Was ist zum Beispiel mit dem Freibad? Wenn die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt nicht nur ein Merkposten ist - und ich will das mal nicht hoffen - dann wird das Freibad tatsächlich 2018 und 2019 gebaut. Das Spannende ist, dass Sie als Baukosten 3,8 Mio € ansetzen zzgl. 700.000 € Planungskosten. Das sind am Ende fast exakt die 4 Mio. €, die wir Ihnen vorgerechnet haben und die Sie nie haben wollten.

- Gut, dass Sie es auch endlich merken.
- Noch besser, dass Sie hier einmal unsere Politik in den Haushalt schreiben.
- Am besten wäre gewesen, Sie hätten nicht erst bis zu diesem Haushalt 2018/2019 gewartet!

Die erste Vorlage von Bürgermeister Semler hat ja von 6 bis 8 Mio. € gesprochen. Wir sind gespannt, wie teuer es diesmal tatsächlich wird und wie die Konzeption aussieht - denn darüber schweigen Sie sich ja bislang beharrlich aus. Wir erwarten im Übrigen vom Magistrat, dass er die größte Bürgerbeteiligung zu diesem Thema einbezieht, nämlich die Bürgerinitiative Freibad - und zwar im Vorfeld der Erstellung des Konzepts! In jedem Fall wäre auch das Thema Freibad längst gelöst, wenn Sie unseren Anträgen aus dem Jahr 2015 nachgekommen wären. Am Ende haben diese Investitionen durchaus Licht und Schatten. Da wir keine Fundamentalopposition sind, werden wir uns beim Investitionshaushalt enthalten.

Kommen wir zurück zum gesamten Haushalt: Wenn ich den Haushalt zusammenfasse, dann stehen hier nicht nur viele ungelöste Probleme, sondern es steht ein kumulierter Fehlbetrag, der zwischen Ende 2010 und 2017 um sage und schreibe 214% angestiegen ist.

Der Schuldenstand, der der SPD zu Oppositionszeiten immer so wichtig war, ist seit 2011 um 60% angestiegen. Dies bedeutet: Mehr als ein Drittel der Schulden, die Wetzlar seit dem 2. Weltkrieg angehäuft hat, sind in Ihren 7 Regierungsjahren und in Ihren Haushalten entstanden. Die Kassenkredite, also das überzogene Konto, ist in dieser Zeit sogar um 160% angestiegen.

Ach ja, und bevor Sie wieder in Verdrehung der Zuständigkeit und Rechtslage behaupten, bis 2015 wäre ja Wolfram Dette für alle Ausgaben verantwortlich: Die Haushalte bestimmen immer noch die Mehrheiten, im Magistrat und dann in der Stadtverordnetenversammlung, und diese Mehrheiten hatten Sie ab Frühjahr 2011. Darauf haben Sie auch immer Wert gelegt. Mit diesen Mehrheiten haben Sie durchregiert. Sie haben sich auch gar keine Mühe gegeben, andere einzubinden -

deshalb hat auch jetzt kein Magistratsmitglied von CDU oder FDP mehr ein Dezernat.

Diese Koalition ist auf Konfrontation gegangen. Das merkt man im Übrigen auch daran, dass Sie noch nicht einmal bereit sind, mit sich über einen Sperrvermerk reden zu lassen und alle, aber wirklich alle Haushaltsanträge in den Ausschüssen komplett abgelehnt haben. Mein Grüner Kollege hat zu rd. 20 Anträgen von CDU und FDP im Finanzausschuss nicht ein einziges Wort gesagt, aber alle abgelehnt! Die Freien Wähler genauso und auch von der SPD kam sehr wenig.

Weil Sie bei diesem Haushalt auf keinen anderen zugehen, deshalb ist es auch Ihre und nur Ihre Politik, die hier auf ganzer Linie gescheitert ist!

Bei einem solchen Haushalt kann es nur eine logische Konsequenz geben: die Ablehnung!

Haushaltsrede 2018/2019

FrkV Dr. Bohn, NPD-Fraktion

Herr Volck,
meine Damen und Herren von den meiner Meinung nach
nicht volkserhaltenden Parteien,

es geht also hier um den Haushalt, der als Doppelhaushalt für 2018/2019
eingebracht wurde. Auch wenn wir wissen, dass über 90 % der Ausgaben letztlich
Pflichten sind, die vom Land und vom Bund der Stadt Wetzlar auferlegt sind, so muss
ich stellvertretend für die NPD-Fraktion deutliche Kritik daran üben und im Vorfeld
schon mal erklären, dass wir diesem Doppelhaushalt nicht zustimmen werden. Wir
finden darin Sonderförderung von Ausländern, Förderung von Illegalen -
sogenannten Refugees von 2015, Zuwendungen an die reichen Kirchen - meiner
Meinung nach unnötig -, unnötige Verwaltungsausgaben für die Flüchtlinge und so
viele mehr. Die Öffnung der Grenzen von 2015 war schließlich gegen die
herrschende Gesetzeslage von Frau Merkel diktatorisch vorgenommen worden. Da
gibt es nichts dran zu beißen. Das hat auch der Herr Di Fabio, der ehemalige
Verfassungsrichter, ja in einem Gutachten für die CSU herausgearbeitet. Und diese
diktatorischen Maßnahmen der Frau Merkel mit ihren Folgen, die wurden von den
alliierten Hilfsparteien, also auch von Ihnen, die im vorseilenden Gehorsam
offensichtlich den Art. 139 Grundgesetz ... unterwürfiges Erfüllen, wurde kein
Widerstand entgegengesetzt. Seit 1949 handeln in der BRD die Regierungen sehr,
sehr oft gesetzeswidrig, Beispiele gefällig? Plünderung der Rentenkassen war
gesetzeswidrig. Zulassung von illegaler Einwanderung, 2015 zum Beispiel,
gesetzeswidrig. Beteiligung am Serbien-Krieg gegen die Grundgesetznorm. Also, die
NPD wird ja als verfassungswidrig dahingestellt. Klar, gut. Die Justiz aber nimmt
nichts bei eindeutig grundgesetzwidrigem Handeln durch die Regierung. Nach dem
Motto „Haltet den Dieb“ hat das Verfassungsgericht Regierung und herrschende
Parteien umgetauscht mit der NPD, nach meiner Meinung. Und jetzt wird denen also
deshalb notwendige Gelder, die aus Gesetzesbruch herrühren, konsequent ab. Und
ich habe mal durchgerechnet und komme überschlagsmäßig auf folgende Beträge:
Ausländerförderung, die freiwillig von der Stadt Wetzlar erbracht wird, die an sich so
nicht nötig ist. 252.131 €. Dann gibt es die Förderung von Fremden über den Bund
und das Land als sogenannte „Durchlaufende Posten“. 752.000 €. Zusammen sind
das schon mal 1.004.131 €. Wohlgermerkt pro Einzeljahr. Diese Gelder, diese
Steuergelder, müssen immer noch mehrheitlich deutsche Arbeitnehmer erbringen.
Diese Steuergelder gehen nicht an deutsche Jungfamilien, notleidende deutsche
Kinder, sondern an Volksfremde. Förderung von Fremden bedeutet nicht Förderung
von Deutschen, das Steuergeld ist halt nur einmal da. Ich muss Ihr Verhalten, nach
meiner Meinung dann, als antideutsch bezeichnet. Damit ist natürlich in erster Linie
die Regierungskoalition gemeint, aber die CDU, gehört sie nicht auch dazu? Denn
sie ist ja im Bund und im Land an der Macht und schafft dort die antideutschen
Verpflichtungen. Die FDP war lange genug an der Macht und hat viele antideutsche
Zahlungsverpflichtungen mit geschaffen und mitgetragen. Und die Erfahrung lehrt,
Undank ist der Welten Lohn. Ihre anbiedernde Ausländerförderungs politik, ich darf
hier erwähnen den neuen Plan eines rituellen Waschraumes für muslimisch
Verstorbene. Der wird mit Undank belohnt werden. Unsere Kinder und Enkelkinder
müssen dann diesen Undank ausbaden. Wir jedenfalls gehen Ihren Weg hier nicht
mit, wir nehmen Art. 20.4 GG für uns in Anspruch, denn nicht nur 2015 wurde und

wird weiter gegen die verfassungsmäßige Ordnung, besser die Ordnung vom Grundgesetz, von Seiten der Macht gehandelt. Und zu guter Letzt kritisieren wir die Bauwut der Stadt Wetzlar. Stichwort: Flächenfraß. Ich habe das ja hier schon öfter dargestellt. Einerseits wird Land als Bauland aufgekauft und zu neuen Bodenversiegelungen wird auch Land aufgekauft, um Rückhaltebecken zu bauen. Auch das ist Bodenversiegelung im Großen. Und um den Unsinn zu krönen, künden wir andererseits Landaufkauf in Höhe von 1.060.000 € für den Erwerb von landwirtschaftlicher Ersatzfläche, um der EU-Vorschrift Genüge zu leisten, nämlich, dass Leerflächen geschaffen werden müssen, wenn versiegelt wird. Diese Vorschrift der EU ist für die kleine BRD, der kümmerliche Rest vom ursprünglichen Deutschland, wo schon fast alles zugebaut ist und diese stillgelegten Flächen eigentlich für die Landwirtschaft benötigt werden. Eine unsägliche, für mich, aus meiner Bewertung nach, meiner Meinung nach verbrecherische EU-Vorschrift. Die Kanalschließung mit 200.000 € und die Planung im Gewerbegebiet Münchholzhausen Nord, die sind negativ hinzuzurechnen. Dann muss noch das sogenannte Schülerzentrum in Niedergirmes mit Ausgaben „Stadtzuschuss an den Kreis“ mit 95.000 € erwähnt werden. Ich bin der Meinung, Schulbauten sind Sache des Kreises. Wir haben des Weiteren unnötige Geldausgaben der Stadt zu kritisieren. In den einzelnen Anträgen gehen wir darauf ein und das macht zusammen 295.730 €. Alle von unserer Fraktion abgelehnten Posten ergeben zusammen eine Einsparsumme von 2.744.861 € pro Jahr wohlgemerkt. Bei einem Schuldenstand von 144,15 Mio €, hat der Herr Kratkey ja mal ausgewiesen, ich zeige Ihnen noch die Tabelle, können wir unnötige und unmoralische Geldverschwendung nicht leisten. Und ob die Schulden wirklich abgebaut werden, das müssen wir dann noch abwarten, denn es kommen wieder so viele neue Verpflichtungen hinzu, so dass die „schwarze Null“ schwer zu halten sein wird. So. Früher haben die Fürsten, die verschwenderisch gelebt haben, viel Schulden gemacht und dann haben sie natürlich das wieder reingeholt durch Steuererhöhungen. In unserer so hoch gepriesenen Demokratie, bei Frau Merkel wohl eher und meiner Meinung nach noch als direkte Demokratie zu benennen, läuft es genauso ab. In der Schule wird uns gelehrt, dass die Demokratie die beste aller Staatsformen sei, so habe ich es noch mitbekommen. Hauptsächlich im Schuldenmachen wird dies mir bewiesen. Milton Friedman, den möchte ich doch ins Stammbuch Ihnen schreiben. Das ist ein Nobelpreisträger, falls Sie es nicht wissen. Und es war, glaube ich, über Wirtschaft, wenn ich mich erinnere. Zitat: Man kann einen Sozialstaat haben und man kann eine offene Gesellschaft haben, aber man kann nicht Beides haben. Ihre Politik zerstört den Sozialstaat und damit die Geborgenheit über kurz oder lang. Und im Einzelnen ist dann noch weiter zu ergänzen: Opposition ist jene Position, die dazu da ist, dem politischen Konkurrenten aufzuzeigen, welche Fehler er macht. Und weiter: Dem Bürger auf diese Weise aufzuzeigen, welche Programmpunkte sich beim politischen Machthaber befinden. Opposition in der jetzigen Zeit bedeutet aber dies nicht mehr. Denn wir haben es nicht nur mit einem politischen Einzelkonkurrenten zu tun, wir haben als echte Opposition haben wir es mit vielen Parteien zu tun, die alle einem System dienen, und dieses System könnte evtl. Verrat genannt werden. Verrat am deutschen Bürger und Steuerzahler. Man muss sich schon in seiner Wut zähmen, wenn man tagtäglich sieht, was auf Bundes- und Landesebene und auch auf Kommunalebene, was wir ja selbst erleben, hier passiert. Aber im Großen, so ist es halt im Kleinen. Hier vor Ort wird mit den Geldern genauso fahrlässig umgegangen wie im ganzen Land. Man wäre geneigt zu sagen, die Regierung befindet sich im Goldrausch. Sparsamkeit beim deutschen Bürger, Großzügigkeit bei der Verwaltung vorhanden, Sparsamkeit ist nicht angezeigt, nur beim deutschen Bürger. Und bei der

Fort- und Weiterbildung, da haben wir pro Jahr 466.000 € Ausgaben. Das ist ganz ordentlich. Und im nächsten Jahr (2019) sind hier 448.910 €, das sind ordentliche Beträge, wo man mal hinterfragen muss, ob die so in ihrer Summation wirklich noch Daseinsberechtigung haben. Aber es ist ja bei uns so in den Haushalten: Was mal drin ist, bleibt drin und wird immer so weitergeführt. Und neu etwas auf den Prüfstand zu bringen, ist schon eine besondere Kraftanstrengung und wer will die machen? Jedenfalls ist es so, mit einer Bürokratur kann man eben Ziele am besten dann auch verschleiern. Es ist sehr praktisch, einen Haushaltsplan für zwei Jahre aufzustellen, so umgeht die Regierung im nächsten Jahr diese unangenehme Debatte. Aber seien Sie versichert, wir werden auch weiter die Finger in jede Wunde legen, die unrechtmäßig ist dabei. Und wir lehnen, noch einmal gesagt, diesen Haushalt ab.

Dankeschön fürs Zuhören.